

Aufsätze

Prof. Dr. Jens Koch – Die Ad-hoc-Publizität: Veröffentlichungs- oder Wissensorganisationspflicht?

Über Jahrzehnte hinweg führte die Ad-hoc-Publizität ein unbeachtetes Schattendasein. Die Vorgänge am Neuen Markt haben ihr größere Aufmerksamkeit gebracht, aber erst eine vor vier Jahren angestoßene Diskussion um ihr Verständnis als Wissensorganisationspflicht hat sie zu einem der zentralen Regelungskomplexe des Kapitalmarktrechts avancieren lassen. Zugleich hat sich im jüngeren Fallmaterial auch unmittelbar gezeigt, welche verborgene Sprengkraft eine so verstandene Pflicht zur Ad-hoc-Publizität entfalten kann. Vor diesem Hintergrund soll in diesem Beitrag untersucht werden, ob Art. 17 Abs. 1 MMVO tatsächlich eine solche „Compliance-Dimension“ beinhaltet oder ob sich sein Regelungsgehalt nicht doch in dem erschöpft, was sein Wortlaut nahelegt: in einer Veröffentlichungspflicht. 273

RA (SRA) Dr. Richard Backhaus, LL.M. (Edin.) / RA (SRA) Dr. Tobias Brouwer – Zustimmungsvorbehalte des Aufsichtsrats bei Geschäften mit nahestehenden Personen (Related Party Transactions) bei der KGaA – HGB sticht AktG

Anders als der Referentenentwurf zum ARUG II enthält die Begründung zum Regierungsentwurf eine Aussage darüber, inwieweit die Regelungen über das Zustimmungsverfahren bei Related Party Transactions (RPT) auch in der börsennotierten KGaA anzuwenden sind. Danach ist unter Rückgriff auf § 278 Abs. 3 AktG auch in der KGaA der Aufsichtsrat der KGaA für die Zustimmungsentscheidung bei wesentlichen Geschäften mit nahestehenden Personen nach § 111b AktG-RegE zuständig. Nach Auffassung der Verfasser ist das in § 111b AktG-RegE festgelegte Kompetenzverhältnis zwischen Vorstand und Aufsichtsrat jedoch nicht unter § 278 Abs. 3 AktG, sondern unter das in § 278 Abs. 2 AktG geregelte Rechtsverhältnis zu subsumieren. In der Folge finden auf die Zustimmungsentscheidung bei Geschäften mit nahestehenden Personen in der KGaA die Vorschriften des HGB über die Kommanditgesellschaft Anwendung, die gemäß § 164 Satz 1 HGB eine Übertragung der Zustimmungskompetenz auf ein fakultatives Gesellschaftsorgan zulassen. 287

Inhalt

Kommentar

RA Dr. Daniel Schubmann / RA Stefan Hubertus Tolsdorf – Die Vertretung der AG bei Unternehmenstransaktionen mit (zukünftigen) Vorstandsmitgliedern – Kommentar zu BGH v. 15.1.2019 – II ZR 392/17, AG 2019, 298

Auf den ersten Blick mag der Sachverhalt, der der Entscheidung des BGH v. 15.1.2019 – II ZR 392/17, AG 2019, 298 – in dieser Ausgabe, zugrunde liegt, etwas außergewöhnlich erscheinen, bei näherer Betrachtung stellt sich diese Konstellation gerade vor dem Hintergrund des „Start-up“ Booms als sehr naheliegend dar. Vielfach werden Gründer als wichtig(st)er Unternehmenswert in Konzernstrukturen übernommen, indem sie ihre zumeist junge Gesellschaft übertragen und im Gegenzug in die Vorstandsebene des Käufers eingebunden werden. Die Entscheidung ist aber im Grunde übertragbar auf jedwede Vertragsbeziehung zwischen der AG und einem (zukünftigen) Vorstandsmitglied oder – und das ist bahnbrechend an der vorliegenden Entscheidung – auch an einer Gesellschaft, an der ein Vorstandsmitglied beteiligt ist. 295

Rechtsprechung

Aktienrecht: Vertretung der AG bei Rechtsgeschäften mit einer GmbH, deren alleiniger Gesellschafter ein Vorstandsmitglied ist (BGH, Urt. v. 15.1.2019 – II ZR 392/17)..... 298

Umwandlungsrecht: Keine Differenzhaftung der Gesellschafter, aber mögliche Haftung für existenzvernichtenden Eingriff (BGH, Teilversäumnis- und Teilendurt. v. 6.11.2018 – II ZR 199/17)..... 302

Unternehmensbewertung: Bewertung von Versicherungsunternehmen, Anwendung von Multiplikatorverfahren (OLG Düsseldorf, Beschl. v. 6.9.2018 – 26 W 1/18 (AktE) – Victoria/Ergo III)..... 309

Aktienrecht: Pflicht zur Offenlegung des Jahresabschlusses eines Tochterunternehmens (OLG Köln, Beschl. v. 13.7.2018 – 28 Wx 2/18)..... 313

Aktienrecht: Verteilung der Gerichtskosten in Beschwerdeverfahren über die Zusammensetzung des Aufsichtsrats (OLG Stuttgart, Beschl. v. 20.8.2018 – 20 W 21/18) 315

Societas Europaea: Zusammensetzung des Verwaltungsrats einer Europäischen Aktiengesellschaft, Verbot der Schlechterstellung (LG Frankfurt/M., Urt. v. 3.5.2018 – 3-05 O 101/17, nrkr.)..... 317

Buchbesprechungen

RA Matthias Höreth – Langenbach, Der Versammlungsleiter in der Aktiengesellschaft – Zurückweisungskompetenz – Abwahl – Haftung 319